

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51,
Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. c. sind
zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. □

Die "Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden
Samstag und kostet viersechziglich durch die Post
bezogen 3.— M. Expedition und Druck von
Joh. van Aden in Krefeld, Ruth. Straße 65.
2223232323 Fernsprech-Nr. 1358. Ferngespräch.

Nr. 24.

Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf.

Düsseldorf, den 12. Juni 1909.

Fernsprech-Nummer 4423.

11. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.
Artikel: Eine Rede des Grafen Posadowsky über
die soziale Gesetzgebung. — Zur Arbeiterinnenfrage.
Niederlagen des "Trierer" Eisenbahnerver-
bandes. — Ungewöhnliches im Bereich der manufak-
turiellen Gewerbeinspektion. — Das Rentenversicherungs-
fahnen. — Wichtig für den preußischen Steuerzahler. —
Geulleton: Vom internationalen Baumwollkongress.
Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen
und Arbeitsstreitigkeiten: Stadtlohn. — Be-
richte aus den Ortsgruppen: Dahlhausen (Wupper). —
M. Gladbach. — Herbolzheim. — Aus dem Kreise Stein-
furt. — Wassenberg. — Waldhauser Höhe. — Gewer-
kschaftliches: Aus unseren Verbänden: Frl. de la
Croix. — Der christliche Keramik- und Steinarbeiter-
verband. — Aus gegenwärtigen Organisationen:
Die jämmernden Gewerkschaftsbeamten. — Von der
religiösen und politischen "Neutralität" des "deutschen"
Textilarbeiterverbandes. — Aus Arbeitgeberkreisen:
Eine politische Organisation der Unternehmer. — Allge-
meine Rundschau: Allgemeines: Zur Reichsver-
sicherungsvorordnung. — Versammlungskalender. — Anzeigen-
— Sterbetafel. — Literarisches.

der Sozialpolitik sollten sich doch einmal sagen,
welche Verhältnisse bei der fortschreitenden industriellen
Entwicklung Deutschlands sich ohne die sozialpolitische
Versicherungs- und Schutzgesetzgebung entwickeln
würden. Wie ich gelegentlich im Reichstag einmal
gesagt habe: Die Zeit der Sozialpolitik für ab-
geschlossene erläutern, hielt gleichzeitig den sozialen und
wirtschaftlichen Fortschritt unseres Volkes preisgeben. Eine verantwortliche
Regierung wird einer solchen Auffassung sowohl
in der Verwaltung, als auch in der
Gesetzgebung immer Rechnung tragen
müssen.

werden, die ganze persönliche und soziale Tragweite
aller Missstände auf dem Gebiete der Arbeit zu ex-
fassen und in richtiger Anwendung der Gebote Gottes
ihre Pflicht zur wirtschaftlichen Gegenwehr, zur ge-
gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Reformarbeit
zu erfüllen. Diese Pflicht wird nur anerkennen, wer
in der unvorsichtigen und ungerechten Behandlung
einer Menschengruppe mehr sieht als blos etwas
ökonomisches, nämlich etwas geistig, sitt-
liches, ein Übel, gegen das man auch kämpfen
muss, wenn man selber keinen Vor teil davon
hat, weil seine Tugend eben Sünde wäre.

Wie manches Verbrechen wird an schwachen
armen Arbeiterinnen begangen, indem man auf ihre
Widerstandsfähigkeit spekuliert und sie mit Lohn-
abzügen überfällt, mit Bekleidung verfolgt und an
Sittenverachtung gerichtet. Das Strafgesetz von
heute faßt all diese Verbrechen noch nicht und be-
queme, seige Gewissen geben sich damit zufrieden.
Steht aber nicht Gottes Gebot über dem Straf-
gesetz? Reicht die beständige Nachsicht nicht weiter
als der gesetzliche Straßeng? Ebensoviel wie der
Bürger Verbrechen duldet und verheimlichen darf,
darf der Christ Dinge geschehen lassen, die sein Rechts- und Sittlichkeitssinn
verlehnen. Unserem Arbeiterstande gegenüber, vor
allem in der Ausnutzung seiner weiblichen Kräfte,
erlaubt sich nun aber die heutige Gesell-
schaft, und zwar unter dem Deckmantel des
Rechts, zahllose Ausschreitungen gegen
das Gottesgebot der Menschenachtung,
Liebe und Gerechtigkeit. Hier gilt's zu helfen
und wo es Not tut, zu strafen, vor allem aber
künftige Verbrechen unmöglich zu machen. Deshalb
ist die Unterstützung der weiblichen Kollegenschaft
geradezu Gewissenspflicht für die stärkeren und mehr
widerstandsfähigen Männer.

Zur Arbeiterinnenfrage.

III.

Die Tatsache der industriellen Erwerbstätigkeit
der Frau haben wir im vorigen Artikel zu begründen
gesucht. Wir sahen, wie die Mitarbeit des
weiblichen Geschlechts in vielen Zweigen der Pro-
duktion nicht nur zu einem gewohnten, sondern auch
zu einem notwendigen Bestandteil des heutigen
Arbeitsprozesses geworden ist. Unsere Technik rechnet
mit Frauenhänden, und wenn unsere Industrien
ihre Kalkulationen anstellen und die Lohnsummen
veranlagten, rechnen sie mit Frauengenügsamkeit.
Somit muss schlechterdings auch unser Arbeiterstand
mit der Frauenarbeit rechnen, wenn er seine Re-
formprogramme ausstellt und ans Organisations-
wert geht. Da ist es vor allen einmal notwendig,
sich die wirtschaftlichen Folgen der Frauen-
arbeit zu vergegenwärtigen. Dies ist aber schon
so häufig auch in unseren Kreisen geschehen, dass
wir nicht längst Gesagtes wiederholen möchten. Die
Einsicht von der Lohnhöhe und den Einwirkungen
der weiblichen Konkurrenz ist eine allgemeine,
Kollegen und auch Kolleginnen sind sich über diese
traurige Tatsache durchaus klar. Aber wie ein un-
abwölbbares Übel wird sie betrachtet. Wohl würde
man Rat, nämlich die gewerkschaftliche Organisierung
der Arbeiterinnen; diese aber ist mehr als schwierig
und was bisher erreicht, erlaubt keine allzu hohen
Hoffnungen. Woher es kommt, dass unser Arbeiter-
stand den Schaden der an sich notwendigen Frauen-
arbeit so hilflos gegenübersteht? Vielleicht gerade
von einer zu einseitig wirtschaftlichen Auf-
fassung der ganzen Frage und einer daraus ent-
stehenden verständnislosen Beurteilung und
Behandlung der Arbeiterin selber. Mit rein
wirtschaftlichen Gesichtspunkten kommt man eben
nicht über einen qualvollen Kreislauf von notwen-
digen Ursachen und unabwendbaren Wirkungen hin-
aus, man wird Materialist, d. h. kann wohl Tat-
sachen konstatieren und nachweisen, woher sie kommen
und wo zu sie führen; nicht aber Kräfte wecken,
welche mit gestalteter Geisteskraft, mit überlegener
Gewalt in das materielle Leben eingreifen, um es
nach menschlich-sittlichen Regeln umzugestalten. Mein
materialistisch gesprochen und wirtschaftlich beurteilt
find die Schäden der Frauenarbeit soziale Missstände,
die so lang fortwähren werden, als die Industrie
und eine für sie notwendige Arbeiterzahl dabei fort-
bestehen kann. Das kann lang dauern und unter-
dessen können Generationen dahinsiechen. Tatsende-
lend zu Grunde gehen, ein ganzer Stand kulturell
und wirtschaftlich herabgebracht. Millionen von
Kolleginnen in ihren materiellen und geistigen
Existenzbedingungen, aber auch an Leib und Seele
geschädigt werden. Somit darf die Arbeiterschaft
den durch die Frauenarbeit herbeigeführten Miss-
ständen ebensoviel tapfer gegenüberstehen, als
sie dies bei anderen unheilvollen Erscheinungen des
wirtschaftlichen und sozialen Lebens tun darf. Hier
so gut wie dort bedarf es des Aufgabos aller
ideellen Kräfte, um Menschlichkeit und Recht ins
materielle Leben einzuführen. Als Menschen und
menschlich Berechtigte müssen wir dennoch die Ar-
beiterinnen aufzeigen, nicht, wie es leider so viele
Kapitalisten tun, als Maschinen. Indem wir ihre
Menschlichkeit und Menschenrechte verteidigen,
kommen wir ganz von selber auf das Gebiet des
wirtschaftlichen Kampfes. Was immer im Arbeits-
verhältnis unmaßlich und ungerecht ist, muß nach
den Vorgriffen von Recht und Sittlichkeit geändert
werden.

Da sich nun aber das Unrecht und Verlehrte im
Wirtschaftsleben eingewurzelt hat, muß die Hölle da
angezeigt werden, wo das Unrecht sitzt, d. h. mit
wirtschaftlichen Mitteln muss gearbeitet
werden. Und da sich hierdurch der soziale Gegner,
das Unternehmertum, wirtschaftlich beherrschigt
glaubt und entsprechend ebenfalls zu den Waffen
wirtschaftlicher Verteidigung greift, kommt eben das
zustande, was wir den wirtschaftlichen Kampf
nennen. Gewerkschaft steht gegen Arbeitgeberorgani-
sation. Beide treffen sich auf dem Boden des
Wirtschaftslebens und ringen dort miteinander. Sie
kämpfen in erster Linie um materielle Dinge;
aber sie tun es aus moralischen Gründen, d. h. im Bewußtsein ihres Rechts und im Gefühle
ihrer menschlichen Würde und kulturellen Bedeutung,
die ihnen gebietet, sich zu verteidigen und vor Ge-
fährdung aller Art zu schützen. Würden unsere Ar-
beiter und vor allem auch unsere Arbeiterinnen die
Forderungen ihrer Arbeitgeberorganisationen immer als ein
Gesetz der Menschlichkeit und des Rechts auf-
fassen, anstatt sie für eine wirtschaftliche Privat-
angelegenheit zu halten, um die man sich kümmern
kann oder nicht, so wäre vielleicht manches besser.
Christlich gesinnte Leute müssten davor gebracht

Niederlagen des "Trierer" Molz'schen Eisenbahnerverbandes.

Die Organisationsverhältnisse der Eisenbahner
sind bekanntlich in den letzten Monaten Gegenstand
von kriegerischen Auseinandersetzungen gewesen. Als die Zukunft
im "Trierer" Verbande unmittelbar geworden waren,
und sich zugleich die Unmöglichkeit einer Reform
innerhalb dieses Verbandes erwies, bildete sich be-
kanntlich im Dezember vorigen Jahres ein neuer
Verband mit dem Sitz in Elberfeld, der auch sofort
zu dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften
in ein Kartellverhältnis trat. Die Gegenläufe prallten
nun heftig aufeinander. Gegen Molz und sein
System wurden außerordentlich schwere Beschuldigungen
erhoben. Die eigenen Mitglieder drängten ihn
öffentlich dazu, die Hilfe der Gerichte in Anspruch
zu nehmen, wozu sich Molz allerdings erst nach
langem Ausweichen bewegen ließ. Zum Teil wurden
nun die Prozesse in den letzten Wochen erledigt.
Das Ergebnis ist für die "Trierer" geradezu niederschmetternd. Es bedeutet einen vollständigen Nieder-
lage des "Trierer" Verbandes und seiner
Hinterwänner aus dem katholischen Fachabteilungs-
kuratorium.

Einen der Hauptprozesse bildete derjenige, den
der Verbandsleiter Molz gegen den Kollegen Steger-
wald angekämpft hatte, wegen eines von letzterem
veröffentlichten Artikels in Nr. 109 der Westdeutschen
Arbeiterzeitung. Der Prozess spielte am 21. Mai
vor dem Schöffengericht Trier. Die Tendenz des
fraglichen Artikels richtete sich gegen die sozialdemok-
ratische Presse, die Stegerwald vorwarf, er habe
einem als charakterlos gebrandmarkten Manne wie
Molz, ein Landtagsmandat verschaffen wollen, wenn
dieser seinen Verband dem Gesamtverband der
christlichen Gewerkschaften zugeschafft hätte, welche
Unterstellung Stegerwald an der Hand von Tatsachen
entwickelt zurückwies. Im übrigen wurde in dem
Artikel ausgeführt: der Vorstand und Ausschüsse
des Trierischen Verbandes habe am 9. 12. 1907
einstimmig beschlossen, mit dem Gesamtverband der
christlichen Gewerkschaften in Verbindung zu treten,
um die Amtshabungsbedingungen zu erfahren. Herr
Molz sei beauftragt worden, dem königlichen Eisen-
bahnamministerium von diesem Beschluss durch per-
sonliche Vorstellung Mitteilung zu machen, habe aber
dort ein völlig tendenziöses Bild von den christlichen
Gewerkschaften entworfen und entgegen den Inter-
essen des Vorstandes in Gemeinschaft mit Herrn
Dr. Fleischer von den katholischen Fachabteilungen
ein Verbot des Antrusses an die christlichen Gewerkschaften
zu erwerben gefucht. Das Ergebnis dieser
Unterredung im Eisenbahnamministerium sei von Molz
in Nr. 5 der Zeitung des Verbandes deutscher
Eisenbahnerarbeiter und Arbeiter wiedergegeben
worden. Dann habe Vorstand und Ausschüsse wieder
am 29. Februar einstimmig den Beschluss gefasst, bei
dem Paderborner Delegiertenrat den Antrag zu
stellen, den Antruss an die christlichen Gewerkschaften
zu beschließen. Entgegen diesem Beschluss habe
Herr Molz eine geheime Denkschrift heraus-
gegeben, die das Gegenteil der Wahrheit enthält.
Darin habe er geschrieben, er habe am 18. Januar
1908 in Berlin mit dem Reichstagabgeordneten Schisser,
Behrens und Giesecke konferiert und dabei eine
Verbindung mit den christlichen Gewerkschaften mit
Entscheidendheit zurückgewiesen, während Molz in
Wirklichkeit den betreffenden Abgeordneten gesagt
habe, er sei für den Antruss, wenn sie die behördli-
chen Schwierigkeiten auszumuten. Insekondere

fühlte sich Molz durch folgende Sätze des Steger-
waldschen Artikels beleidigt:

1. Sie (die Sozialdemokratie) suchte sich im Süden
der Eisenbahnerarbeiter und -arbeiter zu bemächtigen
mit dem Erfolge, dass heute schon die Leitung eines
ganzen Ortsvereins des Trierer Verbandes sich
in sozialdemokratischen Händen befindet."

2. Als dann aufgangs April bekannt wurde, dass Herr
Molz zwischen Abgeordneten und Eisenbahnamministerium
das vorher gesehene, durch und durch uneheliche
und doppelseitige Spiel getrieben hatte, mussten alle
Leute, denen Selbstachtung keine leere Phrase ist, es
ablehnen, Molz irgendwo einer Partei als Kandidaten
zu empfehlen."

3. Das Fahrer der christlichen Gewerkschaften, die
sich zur Zentrumspartei bekannten und dort über einige
Einfluss verfügen, nicht "moralisch verumpt" genug
waren, Herr Molz zu einem Landtagsmandat befähigt
zu sein, als selbststand, welch unfähig unvorsichtig und
eine Arbeiterorganisation kompromittierende Rolle Herr
Molz in Berlin gespielt hatte."

Stegerwald stellte während des Termins gegen
Molz Widerklage, weil letzterer im Trierer Verbands-
organ u. a. gegen ersten schrieb: "niederrächtige
Herrschaft", "ganze gemeinsame Verleumdung", "entweder
ist Herr Stegerwald überspannt hochmütig, oder es
ist bei ihm sonst oben nicht richtig." Die 2½ stündigen
Verhandlungen gestalteten sich zu einem förmlichen
Triumph für Stegerwald. Durch die Zeugen
Reichstagsabg. Giesberts und Behrens wurde bis
auf alle Einzelheiten das erwiesen, was Stegerwald
behauptet hatte, sodass das Gericht auf die weiter
geladenen Zeugen verzichtete und sagte, was be-
wiezen werden sollte, stande schon nach Vernehmung
der beiden zuerst verhört Zeugen fest. So wurde
im Verlaufe des Prozesses der Angeklagte zum
Pläger; das Urteil lautet:

50 Mark Geldstrafe und in die Kosten des
Verfahrens verurteilt.

Weil in einem Artikel des "Trierer" Eisenbahner-
verbandes dem Kollegen Stegerwald "niederrächtige
Herrschaft", "gemeine Verleumdung", "überspannt hoch-
mütig" usw. vorgeworfen worden war, hatte dieser
Widerklage erhoben. Am 21. Mai fand die Ver-
handlung vor dem Schöffengericht zu Trier statt.
Kollege Stegerwald erbrachte einen geradezu er-
drückenden Wahrheitsbeweis für seine gegen
Molz erhobenen Anschuldigungen. Aus dem älteren
Molz wurde schließlich nach jeder Richtung der An-
geklagte. Das Urteil lautet:

50 Mark Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfal-
sche zu 10 Tagen Gefängnis und zur Tra-
gung sämtlicher Kosten verurteilt.

Die Urteilsbegründung sieht den Wahrheitsbeweis
in allen wesentlichen Punkten als geführt an. Das
Verhalten Molz könnte nicht anders als doppel-
züngig und unehrlich bezeichnet werden.

In einer weiteren Klagesache gegen den Kollegen
Tricourt wurde die überraschende Feststellung gemacht,
dass während längerer Zeit der Direktor der
Trierer Paulinusdruckerei, Dr. Langer,
der wirkliche Leiter des Trierer Eisen-
bahnerverbandes gewesen ist. Ein geradezu
dankbarer Vorschuss vorliegt. Heinrich vom Rhein
schreibt Artikel, und der Geistliche Dr. Langer,
leitet die Gesamtdirektion des Organs eines
interkonfessionellen, christlich-nationalen Ver-
bandes. Diese Feststellung ist unbeschreibbar!

Drei weitere aus der Eisenbahnerbewegung ent-
sprungene Prozesse spielten die letzten Wochen an den
Gerichten Saarbrücken, Barmen und Kirchen.
In Saarbrücken suchten Molzsche Verbandsmit-
glieder den Vorstand des Ortsvereins vom Elber-
felder Verband durch niedrige Verdächtigungen außer
Stellung zu bringen. Der Hauptverdächtiger wurde
am 12. Mai vor Gericht gestellt. Urteil: 15 M.
Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten.

In Barmen klagten die "Trierer" auf Heraus-
gabe des Vermögens des früheren Trierer Orts-
vereins, der zum größten Teile und mit regelrechten
Beschlüssen zum Elberfelder Verbande übergetreten
ist. Nach drei Terminen wurden die Kläger
abgewiesen und zum Tragen sämtlicher
Kosten — selbst die des gegnerischen Rechts-
anwaltes — verurteilt.

Endlich holte Molz sich am 25. Mai eine weitere
Befreiung vor dem Schöffengericht Kirchen.
Molz hatte das Mitglied des christlichen Metall-
arbeiterverbandes Mauer (Aldorf bei Begrone)
wegen angeblichen Wirtschaftsdeliktes verklagt. Urteil:
Mauer wird freigesprochen, Molz in die Kosten
des Verfahrens verurteilt.

Somit gestalteten sich die bisherigen Prozesse zu
einer wuchtigen Niederlage sowohl für die Leitung
des Trierer Verbandes wie auch für die hinter der-
selben stehenden Fachabteilungs-Draftscher. Gerichtlich
festgestellt ist, dass aus purem Hass und Neid
gegen die christlichen Gewerkschaften die Fachabteilungen
des internationalen "Trierer" Verband für ihre
Zwecke missbrauchen — zum Schaden der Eisen-
bahner. Weiter ist augenscheinlich dargetan, dass sie
in dem Vorstand Molz für ihr Treiben ein williges Werkzeug fanden. Durch weitere Prozesse
wird die Situation noch mehr geklärt werden. Niemand wird es nun sein, überall dort, wo die Mög-
lichkeit vorliegt, den jungen Eisenbahnerverband zu
stützen und ihm die Wege ebnen zu helfen.

Mit Ausdauer

ich im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes wieder als erwerbstätig zu betrachten sei.

Die zur Ablehnung geltend genommenen Gründe sind unrichtig. Dass ich im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes erwerbstätig bin, ergibt das beilegende Schreiben des Herrn Dr. Schillings zu Corneliusmünster. Ich beantrage, eventuell noch einen anderen Arzt als Sachverständigen zu vernehmen.

So dem füge ich eine Bekräftigung meiner Nachbarn bei, welche meinen traurigen Zustand seit Jahren kennen.

Oberforstbach, 30. Oktober 1908.

Und jetzt erging folgende Entscheidung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung:

In der Rentensache des Fabrikarbeiters Joseph Becker zu Oberforstbach gegen die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz hat das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Reg.-Bez. Aachen in seiner Sitzung vom 30. Januar 1909 zu Aachen, an welcher teilgenommen haben: 1. Regierungsrat Schulz als Vorsteher, 2. Gutsbesitzer Bürgers zu Puffendorf, 3. Älterer Franz zu Aachen als Beisitzer aus dem Stande der Arbeitgeber; 4. Knecht Beins zu Bauchem, Landrat. Arbeiter Buntentwisch zu Düren als Beifänger aus dem Stande der Versicherer, für Recht erkannt: Die Berufung gegen den Bescheid vom 6. Oktober 1908 wird zurückgewiesen.

Gründe: Der am 9. Mai 1867 geborene frühere Fabrikarbeiter Joseph Becker zu Oberforstbach bezog zufolge Bescheides der Belegschaft vom 8. November 1902 eine Invalidenrente im Jahresbetrag von 151,60 Mk. auf Grund ärztlichen Gutachtens des Dr. Schillings zu Corneliusmünster vom 16. September 1902, wonach er an allgemeinen Tuberkulose, ausgedehnten Verwachungen des Bauchs und der Serosa des Darmes auf tuberkulöser Basis litt.

Nachdem die verstärkte untere Verwaltungsbehörde nach dem Vorschlag ihres ärztlichen Sachverständigen, des Dr. Manteufel, ihr Gutachten dahin abgegeben hat, dass Kläger nicht mehr invalide sei, ist durch Bescheid vom 6. Oktober 1908 dem Kläger die Rente vom 1. November 1902 ab entzogen worden, weil nach dem Gutachten des Dr. Longard zu Aachen vom 2. Juli 1908 Invalidität nicht mehr vorliege, und infolfern Besserung eingetreten ist, als die inneren Organe gesund, die Gegend des Blindarms nicht druckempfindlich, der Stuhlgang normal, das Auseihen gesund sei und der Kläger im übrigen einen kräftigen Körperbau habe.

Gegen den Entziehungsbescheid hat Kläger rechtliche Berufung eingelegt und zur Begründung ein ärztliches Urteil des Dr. Schillings zu Corneliusmünster vom 17. Oktober 1908 sowie eine von mehreren Gutachtersen von Oberforstbach unterzeichnete Befreiung vom 18. Oktober 1908 eingereicht.

Auf den Inhalt dieser Schriftsätze wird Bezug genommen.

Belegschaft hat Abweisung beantragt.

Es ist Beweis erhoben durch Anordnung einer ärztlichen Beobachtung des Klägers im Maria-Hilfshospital zu Aachen und Einholung eines Überzuhabens des Geh. Sanitätsrats Dr. Krabbel dafür, welcher unten am 30. Dezember 1908 zu dem Ergebnis kommt, das Invalidität nicht mehr vorliege.

Auf den weiteren Inhalt des in dem Sitzungszeitraum verlesenen Gutachtens wird ebenfalls Bezug genommen.

In der mündlichen Verhandlung hat der Vertrauensarzt des Schiedsgerichts, Sanitätsrat Dr. Thoma, sich dahin gutachtlich geäußert, er habe gegen das Gutachten des Geh. Sanitätsrats Dr. Krabbel keine Bedenken.

Es war, wie gesehen, zu erkennen.

Auf Grund der sachlich begründeten, einwandfreien und deshalb maßgebenden Gutachten des Dr. Longard und des Geh. Sanitätsrats Dr. Krabbel, der gutachtlichen Neuerzung des Dr. Manteufel und der unter Mitwirkung seines Vertrauensarztes wiederholten vorgenommenen Augenärzteinnahme des in der Verhandlung anwesenden Klägers, welcher keinen invaliden Eindruck machte, ist das Gericht in Übereinstimmung mit dem Gutachten der verstärkten unteren Verwaltungsbehörde zu der Ueberzeugung gelangt, dass in dem Zustande des Klägers seit der Jubilierung der Rente eine wesentliche Besserung eingetreten ist, so dass er jetzt wieder imstande ist, durch eine geeignete Tätigkeit jährlich 840 Mk. über bei regelmäßiger Tätigkeit täglich ca. 0,93 Mk. zu verdienen.

Die von dem Kläger beigebrachten Beweismittel, insbesondere das Gutachten des Dr. Schillings, konnten gegenüber den in ihrem Ergebnis überzeugenden Gutachten der vorgenannten vier ärztlichen Sachverständigen und dem Ergebnis der Augenärzteinnahme durch das Schiedsgericht für eine anderweitige Beurteilung der Sachlage nicht ausschlaggebend sein.

Urkundlich unter Siegel und Unterschrift.

Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung des Regierungsbezirks Aachen.

Schulz.

Soweit das amtliche Ämtematerial. Bei aller Hochachtung vor der Wissenschaft der ärztlichen Gutachten werden diese doch selbst zugeben müssen, dass der behandelnde Arzt seine Patienten besser kennt und kennen muss, als ein Arzt, dem ein Kranker nur zu dem speziellen Zwecke der Ausstellung eines Gutachtens überwiesen wird. Tatsache ist, dass der Verstorbene an einem schweren, alten Leberleiden stirbt, Tatsache ist, dass der behandelnde Arzt selbst in höchster Not zur Apotheke führte; Tatsache ist ferner, dass die Hilfe zu spät kam.

Wir sind es ja möglich, dass Gutachten, ärztliche wie andere, in irgend einer Sache auseinandergehen. Dafür aber ist dann das Gericht da, um zu prüfen. Und das Schiedsgericht müsste sich doch sagen, dass man das Gutachten eines Arztes, der den Patienten Jahre lang kennt, nicht einfach ignorieren kann, das kann so weniger, als ein im Jahre 1902 festgestellte Tuberkulose doch nicht mehr verschwinden dürfte. Die Schiedsgerichte müssen hier dem beliebten Rentenquetzlichverfahren ein entschiedenes Verbot erteilen, soll das voneinander geringe Vertrauen, das sie beobachten, nicht vollkommen entzweit werden.

Und dann die Folge! Nun wird es keinem Arzt verübeln können, wenn er es ablehnt, für einen dem Rentenquetzlichverfahren unterworfenen Versicherten ein Gutachten abzugeben, weil er sich sagen muss: "Ja, ich kann nicht." Darm liegt eine nicht zu verhindrende Gefahr.

mus die Agitation betrieben werden, wenn sie Erfolg haben soll. Nie mutlos werden! Ohne Fleiß kein Preis! Beherrzigen wir das Sprichwort: Steter Tropfen höhlt den Stein!

Es ist an der Zeit, dass seitens der Regierung bei dem ganzen Rentenquetzlichverfahren nach dem Rechten gehandelt wird. Denn: was nützen uns soziale Gesetze oder soziale Praxis?

Nichtig für den preußischen Steuerzahler!

Am 30. April dieses Jahres hat das Preußische Herrenhaus nach einigen zwischenzeitlich auch vom Abgeordnetenhaus genehmigten Abänderungen eine Novelle zum Einkommensteuergesetz verabschiedet. Durch die Novelle wird unter anderem die als dringend notwendig empfundene und besonders von der Arbeiterschaft gewünschte stärkere Berücksichtigung der kinderreichen Familien eingeführt und der bekannte § 19 des Einkommensteuergesetzes wie folgt geändert:

Gewährt ein Steuerpflichtiger, dessen Einkommen den Betrag von 6500 Mk. nicht übersteigt, Kindern oder andern Familienangehörigen auf Grund gesetzlicher Verpflichtung (§§ 1601 bis 1615 Bürgerliches Gesetzbuch) Unterhalt, so werden die im § 17 vorgeschriebenen Steuerzähe ermäßigt um eine Stufe bei dem Vorhandensein von 2

"zwei Stufen" " " " 3 oder 4
"drei " " " 5 " 6
"vierzehn Familienmitgliedern."

Für je zwei weitere solcher Familienangehörigen tritt eine Ermäßigung um eine weitere Stufe ein. Diese Bezeichnung bedeutet eine gerechtere Ausgestaltung des sogenannten Angehörigenprivilegs, denn während früher für zwei Angehörige nur 100 Mark abgezogen werden konnten, muss heute eine Stufe Ermäßigung gewährt werden; drei oder vier Angehörige brauchen früher Heraussetzung um eine, jetzt aber um zwei Stufen; für fünf oder sechs Angehörige erhält man früher eine Heraussetzung um zwei Stufen, jetzt aber eine solche um drei Stufen; für acht Angehörige kommt man früher 400 Mark oder zwei Stufen abziehen, jetzt muss eine Ermäßigung um vier Stufen stattfinden.

Vorher ist hier noch ausdrücklich, dass auf Grund der obigen Vorschrift nicht nur Kinder unter 14 Jahren zur Berücksichtigung gelangen, sondern auch Kinder über 14 Jahre, Eltern, Großeltern und Enkel.

Die Voraussetzung für eine Anrechnung findet sich im § 19 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes angegeben: derselbe lautet:

Bei der Feststellung der für die Ermäßigung maßgebenden Personenzahl werden nicht mitgerechnet die Ehefrau des Steuerpflichtigen und diejenigen Kinder und Angehörigen, welche das vierzehnte Lebensjahr überschritten haben und entweder im landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe des Steuerpflichtigen dauernd tätig sind oder ein eigenes Einkommen von mehr als der Hälfte des ordentlichen Tagelohnes nach ihrer Altersklasse und nach ihrem Geschlechte haben.

Dankenswerterweise sollen die günstigeren Bestimmungen des neuen Gesetzes schon für das laufende Steuerjahr Anwendung finden. Diesbezüglich bestimmt Artikel III der Novelle:

Die Vorschriften in Artikel I kommen zunächst bei der Veranlagung für 1909 in Anwendung.

Insoweit bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die Veranlagung von Steuerpflichtigen zur Einkommensteuer für das Jahr 1909 schon erfolgt ist, wird die infolge Abänderung des § 19 des Einkommensteuergesetzes zustehende Steuerermäßigung dem Steuerpflichtigen auf Antrag durch den Vorstehenden der Veranlagungskommission gewährt, gegen dessen Entscheidung dem Steuerpflichtigen die innerhalb vier Wochen bei dem Vorstehenden einzulegende Beschwerde an die Regierung offen steht. Gegen die Entscheidung der Regierung ist innerhalb vier Wochen die Beschwerde an den Finanzminister zulässig. Der Antrag auf Steuerermäßigung ist innerhalb vier Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes zu stellen.

Die Veranlagung ist jetzt wohl überall erfolgt, so dass eine Anwendung des neuen Gesetzes nicht stattdessen kann. Jeder Steuerpflichtige muss also an der Hand seiner Veranlagung bezüglich des Steuerzettels und seines Einkommens nachprüfen, ob ihm nicht nach dem neuen Gesetz eine Ermäßigung gewährt werden muss. Wenn ja, so ist sofort bei dem Vorstehenden der Veranlagungskommission der Ermäßigungsantrag anzubringen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Stadtlohn.

Eine erfolgreiche Bewegung. In Nr. 22 unseres Verbandsorgans berichten wir über Lohndifferenzen bei der Firma Gebr. Helsing-Stadlohn, die zur Kündigung fast sämtlicher Weber führten. Da wiederholte Verhandlungen zwischen der Firma und dem Arbeiterausschuss zu einer Einigung nicht geführt hatten, fand am 4. cr. unter dem Vorsteher des Herrn Gewerbeinspectors Müller-Beholt eine weitere Verhandlung statt, die zur Beilegung der Streitigkeiten führte.

Wir können mit dem Erfolg der Bewegung zufrieden sein. Es wurde erreicht:

1. Der Aushang einer genauen Lohnliste.
2. Eine nicht unwesentliche Erhöhung der Akordsätze.
3. Besondere Zuschläge für schwer geschädigten Ketten und für Schlingläden.
4. Vergütung für Warten auf Material vom zweiten halben Tage an pro Stunde und Stuhl 3 Pf.

Die erfolgreiche Beendigung dieser Bewegung zeigt die große Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation. Es ist eine ausgezeichnete Bideriegung der Unschauung jener Leute, die da sagen: "Der Verband nutzt doch nichts". — Dem Herrn Gewerbeinspecteur Müller sei für seine freundliche und erfolgreiche Vermittlung in dieser Streitsache von unserer Seite herzlich gedankt.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Dahlhausen (Wupper). In unserer am 23. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung gab der Kassierer zunächst den Kassenbericht. Bezuglich der Lohnnotierungsbücher wurde beschlossen: diefelben sind Eigentum der Mitglieder unter der Bedingung, dass letztere die Bücher auf Verlangen den Verbandsfunktionären zur Kontrolle vorlegen. Hierauf sprach in einstündigem Vortrage Kollege Hamacher über "die neue sozialpolitische Gesetzgebung". Nachdem in der Diskussion sowie unter Punkt "Verschiedenes" noch einige Kollegen gesprochen, sandte die Versammlung ihren Abschluss.

M.-Gladbach. Die Ortsgruppe M.-Gladbach hat auf ihrer letzten Generalversammlung eine bedeutende Erweiterung ihrer Unterstützungsseinrichtungen beschlossen. Um nun den Mitgliedern den Berühr zu erleichtern, ist im östlichen Stadtteil (Alsftr. 108) eine zweite Geschäftsstelle errichtet worden. Dieser Geschäftsstelle wurden die Ortsgruppen Eicken, Lürrip, Neuwerk und Weitmar zugewiesen. Da die Unterstützungsbauszahlungen bei Krankheit und unverschuldet Arbeitslosigkeit für die Mitglieder genannten Ortsgruppen in Zukunft von dieser Geschäftsstelle aus erfolgen, wollen die Mitglieder ihre Unterstützungsansprüche frühzeitig dort anmelden. Die Auszahlung erfolgt jeden Freitag und Samstag morgens von 9—12½ Uhr und sind Quittungsbuch und Krankenchein oder Entlassung vorzulegen. Mögen die Verbandsmitglieder hieraus ersehen, dass die Leitung nach Kräften bestrebt ist, für die Mitglieder alle möglichen Erleichterungen zu schaffen. Hoffentlich wird diese Einrichtung für die Mitglieder ein Anhorn sein zu neuer intensiver Agitation für den Verband.

Herbolzheim. Die Kollegen und Kolleginnen der Ortsgruppen Lahr und Kollnau, welche zum Besuch des hiesigen Verbandskollegen am 23. Mai hier eingetroffen waren, nahmen in einer gemeinschaftlich abgehaltenen Versammlung Stellung zum Gesetzentwurf über Arbeitskammern. Kollege Hammerer von Säckingen hielt das Referat, worauf dann eine Resolution angenommen wurde, in welcher gewünscht wird, dass der Aufgabenkreis der Arbeitskammern erweitert werde. Der Wahlzensus soll für das aktive Wahlrecht auf 21 und für das passive Wahlrecht auf 25 Jahre festgesetzt werden. Im Interesse einer erspielichen Arbeit sollen auch die Beamten der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen als Vertreter gewählt werden können.

Aus dem Kreise Steinfurt. Am 23. Mai fand eine Versammlung in Burgsteinfurt für den ganzen Kreis statt, um zu der sozialpolitischen Gesetzgebung, insbesondere zur Arbeitskammervorlage, Stellung zu nehmen. Einberufen war die Versammlung, die einen guten Besuch aufzuweisen hatte, von den konfessionellen Arbeitervereinen und den Bahlstellen der christlichen Gewerkschaften des Kreises. Das Referat hatte Kollege Schijer übernommen. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

"Die im Ludwigshause zu Burgsteinfurt versammelten Vertreter von 4200 Arbeitern aus fast allen Industriezweigen des Kreises erkennen nach eingehender Besprechung die Verbesserungen im zweiten Entwurf eines Arbeitskammergesetzes an. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sind sie der Überzeugung, dass die paritätischen Arbeitskammern den Arbeitersammeln vorzuziehen sind. Wengle vom Standpunkte der Gleichberechtigung die Forderung auf Arbeitskammern laufen würde, so erübrigt doch die Veranlagung in den Arbeitskammern eine Institution, durch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer einander näher gebracht werden und in denen durch gemeinsame Arbeiten eine Widerung der Interessengegenseitigkeit möglich ist. Aus diesen Gründen bedauert die Versammlung, dass die Heimarbeitervereine wie auch die Handelskammern für den Arbeitskamerdvorstand wie auch die Handelskammern für den Regierungsbezirk Münster sich gegen den Gesetzentwurf ausgesprochen haben. Wohlenswert und notwendig ist jedoch, dass auch Arbeiter- und Gewerkschaftsvertreter, als Vertreter der Arbeiter, sowie die Sekretäre der Gewerkschaften, die Arbeitgeberverbände in die Kammern gewählt werden können. Außerdem liegt die Gewerkschaft in der Industrie, die gewählten Arbeiter, weil sie abhängig sind, nicht genügend die Interessen der Arbeiter vertreten können. Die Veranlagung in den Kammern ist daher zu bewilligen. Und immer wieder ringen uns ihr Eifer, mit einem Eifer, als ständen ihr nur noch Augenblide zur Verwaltung dieser riesenhaften Aufgabe zu Gebote, arbeitete sie an der Aufrüstung der Heimarbeitervinnen selbst und an der moralischen Erziehung des öffentlichen Gewerbes. Wie manches von Mut und Ehre gebeugte Herz hat sie vertritt, wie manche in der stummen Verzweiflung dahinschläft angespannt vermoht. Wie mancher Frau hochstehende Kreise hat sie eine unbekannte trübselige Erfahrung und damit einen neuen Pflichtenkreis aufgezeigt. Wir hatten zu wiederholten Malea Gelegenheit, der Frl. de la Croix in der Agitationsarbeit unter den Heimarbeitervinnen am Niederrhein zu sehen. Und immer wieder ringen uns ihr Eifer, ihre Sachkenntnis und ihr tiefegehendes Verständnis für gewerkschaftliche Bewegung Bewunderung ab. So arbeitet nur jemand, der aus den leidigen Quellen des Christentums schöpft. Und so hat sie es getan. Nun ist sie heimgegangen. Durch die Reigen der Gewerbevereinsmitglieder und Freunde der Bewegung wird es wie ein stilles Weinen gehen, denn sie hatten sie alle liebgewonnen. Möchten Sie, die tiefergründig im Geiste oder tatsächlich an den Bahnen dieser seltenen Frau stehen, geloben, ihr nachzueifern. Dann ist sie uns nicht gestorben, wenn ihr Geist in uns weiterlebt."

Wir schließen uns diesem warmherzigen Nachrufe an und bringen auch unsererseits hiermit unser aufrichtiges Beileid zum Ausdruck für den Verlust, der den Verwandten der Verstorbenen, den Gewerbeverein der Heimarbeitervinnen und die gesamte christliche Heimarbeitervinnen-Bewegung getroffen hat. — Möge die Verstorbenen ruhen in Frieden.

Der christliche Keram- und Steinarbeiterverband veröffentlicht kürzlich eine Zusammenstellung seiner Erfolge in den letzten Jahren in bezug auf die wirtschaftliche Verbesserung seiner Mitglieder. Daraus wurden im vergangenen Jahre 1908, das bekanntlich für Lohnbewegungen bisher ungünstig war, für 1166 Mitglieder in 27 Betrieben insgesamt 60359 Mark an Lohnherstellungen erreicht, d. i. 51,56 Mark pro Mitglied. Außerdem konnten in 12 Betrieben für 696 Mitglieder Lohnreduzierungen im Betrage von 36 719 Mark oder 38,44 Mark pro Mitglied verhindert werden. In 3 Betrieben für 185 Mitglieder wurden Mittäler abgeschafft und in 2 Betrieben konnte für 49 Mitglieder die Sonntagsarbeit beseitigt werden. Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnabrechnung wurden erreicht in 1 Betrieb für 19 Mitglieder 18 Stunden die Woche und in 1 Betrieb für 76 Mitglieder 6 Stunden die Woche. In 1 Betrieb konnte die Entlastung von 38 Mitgliedern infolge Betriebs einschränkung verhindert werden. Innerhalb der letzten 3 Jahre wurden 60412,76 Mark von Lohnabrechnungen und 41091,11 Mark von Arbeitszeitverkürzungen erzielt. Außerdem hat der Verband selbst in diesem Betriebsraum 96218,08 Mark an Unterstützungen ausbezahlt, so dass der Verbandsmitgliedern durch ihre Verbandszugehörigkeit die letzten 3 Jahre insgesamt 111541,85 Mark zugestellt sind. Dazu bestehen bereits 19 von Verbandsabgeordnete Tarifverträge, die in 125 Betrieben für 5048 Personen Gültigkeit haben. Der

weltweit größte Teil dieser Erfolge konnte auf friedlichen Wege erreicht werden. Diese Zahlen liefern den sprechendsten Beweis, daß die christlichen Gewerkschaften praktische Gegenwartarbeit leisten und daß kein Arbeiter es nötig hat, um seine wirtschaftliche Lage zu verbessern, den „freien“, in Wirklichkeit sozialdemokratischen Gewerkschaften nachzulaufen.

Aus gegnerischen Organisationen.

Die jämmerlichen Gewerkschaftsbeamten. Die sozialdemokratische Partei ist den Gewerkschaften niemals so recht „grün“ gewesen. Wenn sie ihre Gegnerschaft nicht mehr so offen zum Ausdruck bringt wie früher, dann wohl mehr der Not gehorchnend als dem eigenen Triebe. Die Entwicklung ist eine strenge Vagrerie. In ihres Herzens Kammerlein oder wird bei den radikalen Sozialisten auch heute noch wenig Platz für die Gewerkschaften übrig sein. Das Wesen der Gewerkschaften, ihre Taktik und Politik ist der ganzen Anschauung und der Politik des marxistischen Sozialismus zuwidder.

Natürlich richtet sich die Feindschaft jener Partei-Lenke in erster Linie gegen die Gewerkschaftsbeamten, gegen diese „Philister“, „Kassenmenschen“, „vollgestreiften Kerle“. Sie feißen einer „Verwirferung“ des sozialistischen Denkens und Handelns Vorwurf, leiten die Masse von dem „großen Gesamtheitsziel des Sozialismus“ ab. Für den Organen der Partei wird den Gewerkschaftsbeamten denn auch gehörig zugesetzt und mehr als einmal haben diese um Gnade und Erbarmung gefleht. — In der letzten Nummer (11. 09) der „Sozialistischen Monatshefte“ macht der Redakteur des „Grundstein“, Organ des sozialdemokratischen Maurerverbandes, August Winnig seinem geprellten Herzen Lust.

Winnig erinnert an die schön alte Zeit — lang, lang ist's her — wo man sich untereinander so gut verstehen konnte, wo zwei austauschende Meinungsverschiedenheiten eine echte Brüderlichkeit und Kollegialität herstellte, wo nicht jeder Genosse, der eine andere als die offizielle dictierte Meinung hatte, als Parteidverdorfer und schlechter Kerl angesehen wurde. Herr — je!, wie hat sich das geändert.

Ein Geist feindlicher Absonderung wandelt durch unsere Reihen und man mag sich persönlich sozusagen mit Stachelnathrath davon absperren wollen, man mag seine Unbedangenheit noch so verteidigen, sie geht schließlich doch vorwärts.

Unter diesen Zuständen hätten auch die Gewerkschaftsbeamten zu leiden.

„Ja, sie leiden vielleicht am meisten darunter, sie haben heute jedenfalls eine sehr schwierige Stellung in der Partei. Sie teilen das Los all deren, die die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit mancher heute in der Partei geltenden Grundsätze und Methoden bezweifeln; man sieht mit Argwohn und Misstrauen auf sie. Die Anhänger der Parteidmeinheit kommen natürlich auch in den Gewerkschaften zur Geltung und machen den Angestellten dort das Leben schwer. Die Ursachen dieser von jedem Standpunkt aus bedenklichen Erscheinung liegen in der derzeitigen politischen Erziehung.“ Von uns gesprochen. A. d. T.-S.)

Dann begründet Winnig, wie die Tätigkeit des Gewerkschaftsbeamten wesentliche andere Maximen erfordere, als sie heute von den Sozialisten im politischen Kampfe angewendet würden. Die gewerkschaftliche Arbeit, Taktik und Politik, sowie die Entwicklung des gewerkschaftlichen Lebens führe den Gewerkschaftsbeamten naturgemäß zum Reformismus. W. zerplaut dann die Verelendungstheorie und die in den Köpfen der Radikalen spukende Revolutionärmontan. Aber auch der Gewerkschaftsbeamte arbeite ständig in hohem Maße im Sinne des Sozialismus, und zwar in einer ruhigeren, erfüllteren und gewissenhafteren Weise als die Radikalen. Die Gewerkschaftsbewegung leide nicht unter den Täufungen ihrer Beamten. Das soll heißen, der Sozialismus in der Gewerkschaftsbewegung leide nicht.

Und trotzdem verachtet man seit längerer Zeit in manchen Kreisen immer wieder die Masse der Gewerkschaftsbeamter gegen ihre Organisationsteile aufzuwirken, obwohl diese, als Gesamtheit betrachtet, ihr sonst gut versteht. Was die Gewerkschaftsbeamter heute über Grundlage und Taktik der Partei denken, ist ihre ehrliche Überzeugung, eine Überzeugung, die sie aus den Erfahrungen ihrer Tätigkeit gewonnen haben. — gewonnen müssen. Sollen wir die Überzeugung ändern? Heberkampf, wenn jene gegen die Gewerkschaftsführer gerichtete Stirnvorwurf ein Ziel haben soll, so kann es nur deren Bestigung sein; denn man wird doch nicht erwartet, daß es unter ihnen Leute gibt, die ihrer Stellung wegen ihre Überzeugung preisgeben. Was würde wohl geschehen, wenn jene Agitation Erfolg hätte? Man denkt, die gegenwärtigen Gewerkschaftsbeamten seien entsezt und durch weichgeführte „cavilale“ Gewissen erachtet. Wenn die Gewerkschaftsbeamter ihre Meinung nicht ändern, müßte sie die Reinigungskräfte in einigen Jahren wiederholen. Die Radikalen werden benötigen, umfangreiche Entwicklungsschritte, den Vorderen vor ihnen gegenüber zu haben; die lebenswerte Praxis des Klosterhofes ist aber der überkommenen Theorie über den Kopf gewachsen, die Gewerkschaft läuft sich ihr nicht leicht nehmen.“

Rett, nicht wahr? Sonst müßt es ja oft getagt worden: die radikale Sozialdemokratie ist eine Feinde des praktischen Gegenwartswerk, eine Feinde der gewerkschaftlichen Arbeit, wie diese sich heute vollzieht und vollziehen mag. Die Sozialdemokratie hängt wie ein Bleigewicht an der Arbeitserziehung, behindert den Aufstieg des Arbeiterspiels zu höherer Kultur. Die „freien“ Gewerkschaften haben der Partei Beizahlendienste zu leisten. Wenn sie sich melden, bekommen sie den Parteidienst zu zählen. So viele öffentliche Vorgänge bewirken das. Was mag nicht alles hinter den Kulissen vor sich gehen? Und trotz allem: Partei und Gewerkschaft sind eins. Die „freien“ Gewerkschaften spielen in dieser Einheit eine ganz erbärmliche Rolle. — Das Erwiedert des „Gewöhn“ Winnig aber kostreichend zu bemerken, was „Gewöhn“ Heinrich Pesch-Demler jüngst in dem sozialdemokratischen „Volksblatt für Arbeit“ schrieb: „Die Unabhängigkeit in unserer Partei-Kreise nimmt oft geradezu beispiellose Formen an, so daß man sich mit Schrecken fragt: Was wurde das für ein Zustand werden, wenn diese Differenzien einmal die Menge bekommen?“

Das haben wir uns schon so oft gestagt!

Was der religiösen und politischen „Neutralität“ des „neutralen“ Tertiärarbeiterverbands. Es kommt dem Organ des sozialdemokratischen Tertiärarbeiterverbandes zum Bedürfnis zu merken, die religiösen Freiheiten der christlichen Religionsgemeinschaften einzuhören.

Folgende „Pfingstgebanken“ hatte es:

Zwei Jahrtausende sind seit jenem jüdischen Pfingstfest im Schoße der Ewigkeit verflochten. Und das Volk wartet heute noch auf sein Pfingsten, die Zeit der Freude, der Wiedergeburt der Menschheit. Wohl schmückt sich die Natur alljährlich um diese Zeit von neuem und feiert ihre Wiedergeburt, die des Volkes voll aber immer noch nicht kommen. Die Nachfolger jener ersten Kämpfer für Freiheit und Menschenliebe verleugneten in verschärftem Egoismus das Ursprüngliche und die umfassende Schönheit der neuen Lehre, sie verblichen nach und nach die Wege, die ihnen der Nazarener gewiesen und festigten mehr und mehr die Macht der Herrscher und die Sklaverei der Bevölkerung.

Heute ist das offizielle Christentum nur noch ein wesenloses Schema gegenüber der unwirschnigen Kraft der Lehre des Nazareners. Man festigt heute mit Hilfe der Berliner dieser Lehre das Unrecht des Menschen und verbündet das getreuliche und ausgebeutete Volk der Besiegten auf das „bessere Jenseits“, wo alle Menschen endlich ewige Freude und steten Frieden finden sollen. Und so hat man das große menschliche Unrecht tausende Jahre weiter aufrecht zu erhalten verstanden. Bis heute.

Heute würde der Arbeiterschaft ein Pfingsten erblühen: zahlslose Jünger der neuerrstandenen Menschheit Lehre werden unermäßig neue Kämpfer für die neue Idee, die Sozialismus heißt und der gesamten Menschheit endlich Freiheit, Frieden, Würde und Wohlgehen bringen wird.“

Wie dummkopfisch und gehässig. — Das Christentum ist vom ersten Tag seines Bestehens an ein Apostolat für die Armen und Besiegten gewesen; so haben es seine Verkünder aufgefaßt und gehalten durch alle Jahrhunderte bis auf den heutigen Tag. Durch alle Seiten hindurch finden wir Männer der christlichen Kirche in den vordersten Reihen stehen, wo es gilt, Recht und Gesetz gegen Macht und Willkür zu verteidigen. Heute stehen hunderte von Geistlichen beider Konfessionen mittin im sozialen Leben, um in selbstloser Hingabe die Sache der arbeitenden Klasse zu verteidigen. Die Sklaverei der Besiegten und die Macht des Geldsacks finden einen Feind im Christentum, aber einen Freund und Befreiter in der Weltanschauung des Sozialismus, im Materialismus. Dieser erhebt Macht, Willkür, Ausbeutung und Sklaverei zum herrschenden Rechtsgrundatz.

Zur politischen „Neutralität“ des „deutschen“ Verbändes: Bekanntlich erhalten die weiblichen Mitglieder dieser Organisation die sozialen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ gratis, damit, wie es auf der Generalversammlung hieß, die Arbeitnehmerinnen zu Sozialistinnen erzogen werden. Nun mehr ist die Zahlstelle höchstlich dieses Verbandes noch dazu übergegangen, ihren Mitgliedern die sozialdemokratische Zeitschrift „Morgenrot“ gratis zu liefern. In der Begründung des Beschlusses (s. „Der Tertiärarbeiter“ Nr. 21, 09) wird auf die Steuer- und Polizeipolitik der bürgerlichen Parteien hingewiesen, die Sozialdemokratie herausgestrichen und schließlich gejagt:

„Darum, Kollegen, leistet das „Morgenrot“! Abonniert auf die „Ritterheinische Tollerstrüne“ (sozialdemokratisches Parteiorgan für Kreisfeld u. Umg. D. Kreis). Ihr werdet dann bald eine Freunde von euren Freunden untergeleben wissen...“

Hobberich liegt in einer Gegenwelt, die zur Verwirrung berechtigt, doch noch mancher innerlich nicht zur Sozialdemokratie gehörige Tertiärarbeiter dem sog. „freien“ Verband angehört. Die „neutrale“ Praxis ihrer Ortsgruppenleitung ist indes so beschaffen, daß schon keine Spur mehr von Charakter vorhanden ist, um bei denen, die sie sich gefallen lassen. Daraum kann sie den christlichen Tertiärarbeiter nur der christliche Tertiärarbeiterverband in Betracht kommen.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Eine politische Organisation der Unternehmer? Ja, urzäichnend zusammenhang mit dem Befreiung weiter Arbeitgeberkreise gegen die Sozialpolitik ziehen die reaktionären Kreislungen um Schaffung einer politischen Organisation des Unternehmers. Die Möglichkeiten einer solchen werden gegenwärtig in den unterschiedlichen Kreisen eifrig diskutiert. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ rückt sehr eingehend in ihren letzten Seiten das Problem. Sie ist mit ihrem Kühnungsatz darüber eröffnet, weil Regierung und Kanzler sich nicht wohlfühlen zum Träger ihrer idylländigen sozialistischen Erziehungen werden. Die „Tageszeitung“ präsentiert sich auch mehrheitlich mit dem Streit der politischen Organisation aus: „Der Streit ... ist die Reaktion des Einflusses der Arbeitgeber auf die gegebene geistige Kritik in den Gewerkschaften.“

Es steht nun drei Fälle erachtet werden: 1. Gründung einer eigenen Arbeitgeberpartei, 2. Gründung eines Bundes der gewerkschaftlichen Arbeitgeber, 3. Gründung einer katholischen Arbeitgeberpartei. Daraüber wird angestrebt, die Arbeitgeber zu erzielen, um geistiger Freiheit und den Beziehungen der freien Arbeitgeber politischen Parteien“.

Der Schaffung einer gewissenartigen Front gegen den sozialen Fortschritt fehlen zwei gleichzeitige große Voraussetzungen. Was wäre nun von allen zu setzen, um gegenwärtiges Interesse und Interessen in den Kreisen der Arbeitgeber zu lösen. Den „Tageszeitung“ Seelmann, angehören dem Unternehmerskreis mit einem Gedanken bis hinauf zum Tertiärarbeiter alle „Arbeitgeber“ unter einen Hut zu bringen, in einer Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine schwere Last für die Unternehmerschaften. Eine innerhalb der Unternehmerschaften bestehende Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine schwere Last für die Unternehmerschaften. Eine innerhalb der Unternehmerschaften bestehende Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine schwere Last für die Unternehmerschaften. Eine innerhalb der Unternehmerschaften bestehende Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine schwere Last für die Unternehmerschaften. Eine innerhalb der Unternehmerschaften bestehende Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine schwere Last für die Unternehmerschaften. Eine innerhalb der Unternehmerschaften bestehende Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine schwere Last für die Unternehmerschaften. Eine innerhalb der Unternehmerschaften bestehende Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine schwere Last für die Unternehmerschaften. Eine innerhalb der Unternehmerschaften bestehende Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine schwere Last für die Unternehmerschaften. Eine innerhalb der Unternehmerschaften bestehende Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine schwere Last für die Unternehmerschaften. Eine innerhalb der Unternehmerschaften bestehende Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine schwere Last für die Unternehmerschaften. Eine innerhalb der Unternehmerschaften bestehende Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine schwere Last für die Unternehmerschaften. Eine innerhalb der Unternehmerschaften bestehende Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine schwere Last für die Unternehmerschaften. Eine innerhalb der Unternehmerschaften bestehende Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine schwere Last für die Unternehmerschaften. Eine innerhalb der Unternehmerschaften bestehende Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine schwere Last für die Unternehmerschaften. Eine innerhalb der Unternehmerschaften bestehende Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine schwere Last für die Unternehmerschaften. Eine innerhalb der Unternehmerschaften bestehende Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine schwere Last für die Unternehmerschaften. Eine innerhalb der Unternehmerschaften bestehende Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine schwere Last für die Unternehmerschaften. Eine innerhalb der Unternehmerschaften bestehende Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine schwere Last für die Unternehmerschaften. Eine innerhalb der Unternehmerschaften bestehende Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine schwere Last für die Unternehmerschaften. Eine innerhalb der Unternehmerschaften bestehende Arbeitgeberpartei, seit jetzt die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht realisierbar. Es ist eine Illusion! Die Arbeitgeber gegen die Sozialpolitik haben das ferneren offen für eine politische Organisation des Unternehmers eine zu klein und zu schwache Zahl. Das liegt doch den tatsächlichen Realitäten in vielen Arbeitgeberkreisen wider. Weiter füllen die Herren unten, daß sie mit dem Beziehungen möglichst keine Gefahr laufen, um gegenwärtige Stabilität zu fördern. Auf die einen Seite liegt, für einen innerhalb nicht genugend Stütze in den verschiedenen Parteien, auf die andere Seite wird doch mit der Stütze der Gewerkschaften jedoch eine